Stadtverband Limburg FDP

Freie Demokraten Limburg

GRUNDSTÜCKSVERGABE HUBERTUSSTRASSE

29.09.2017

GRUNDSTÜCKSVERGABE HUBERTUSSTRASSE

Die Limburger FDP-Fraktion hat sich auf ihrer Fraktionssitzung mit der anstehenden Entscheidung zur Vergabe für die beiden Grundstücke in der Hubertusstraße in Limburg befasst. Nach den Pressemeldungen des Magistrats haben sich vier Bewerber auf die Ausschreibung gemeldet. Es folgten Beratungen im Vorstand der Anna-Ohl-Stiftung sowie im Magistrat. Zu den Ergebnissen aus diesen nichtöffentlichen Runden wurde seitens des Magistrat ausführlich informiert. **Die Entscheidung aber trifft die Stadtverordnetenversammlung. Die FDP-Fraktion möchte sich zur Vergabe der Grundstücke in diesem sensiblen Gebiet von den Bewerbern unmittelbar ein Bild machen.** Es geht bei einem Grundstück um einen wesentlichen Vermögensbestandteil der Anna-Ohl-Stiftung. Daneben befinden sich die Grundstücke in unmittelbarer Nachbarschaft der Gebäude der Stiftung.

Vor diesem Hintergrund sehen wir einen besonderen Sorgfaltsmaßstab geboten und nehmen uns daher die Zeit, so die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt-Sauer. Diese neue Runde gebe allen Akteuren und an der Entscheidung Beteiligten ausreichend Gelegenheit, sich über Qualität und Preis zu informieren. Der Preis alleine, so Schardt-Sauer, sei nicht das alleinige Kriterium. Nachhaltige Sicherung der Stiftung, Bewahrung des Gebietscharakters und angemessene Preisfindung seien einige der Kriterien. Der Kaufvorgang ist sensibel, dies habe sich sehr deutlich bei der ersten Runde gezeigt. Die FDP-Fraktion will sich deshalb die Zeit nehmen und alle vier Bewerber um eine persönliche Vorstellung in der FDP-Fraktion bitten. **Auf dieser Basis und unserer eigenen Eindrücke werden wir dann in der Stadtverordnetenversammlung ein Votum abgegeben und es öffentlich begründen, so Schardt-Sauer.** Es bestehe in der Sache kein Grund zur Eile und man sei daher zuversichtlich, dass dies bei der

Abgerufen am 08.11.2026 unter https://fdp-limburg.de/?p=359

Terminierung der weiteren Beratungen durch den Magistrat berücksichtigt wird. (MS)